

Haushaltsrede 2022

Fraktionsgemeinschaft Liste Engagierte Bürger/Demokratie in Bewegung

gehalten von Jürgen Kemmner am 26. Oktober 2021

In der Bibel folgen auf sieben gute Jahre sieben schlechte, bleibt nur zu hoffen, dass für Leinfelden-Echterdingen nicht auf neun wirtschaftlich erfreuliche Jahre nun neun wirtschaftlich schreckliche folgen. 2022 wird das dritte Jahr in Folge sein, in dem die Kommune von ihren Rücklagen lebt. Die geplanten Ausgaben übersteigen die erwarteten Einnahmen, die zum Großteil aus Steuern bestehen, und die sinken, wenn sich die Wirtschaft in einer vor allem durch die Pandemie ausgelösten Talsohle befindet. Es dürfte allmählich aufwärts gehen, doch wir in LE bleiben vorsichtig und halten die verhaltenen Ansätze für die anstehenden Steuereinnahmen für richtig.

Daher gilt es, auf der Ausgabenseite zurückhaltend zu agieren. Wir haben in unserer Stadt einige Großprojekte angeschoben, die Millionen verschlingen wie der Neubau der Feuerwehr Stetten inklusive des Neubaus von Räumen und Garagen für das DRK Stetten, wir haben die Erweiterung und Sanierung einiger Schulen beschlossen sowie den Neubau des Hallenbades, es ist eine Neuordnung der Verwaltungsstandorte vorgesehen, was den Abriss des neuen Teils des Echterdinger Rathauses inkludiert plus einen Neubau an gleicher Stelle, zudem steht ein zentraler Verwaltungsbau in Leinfelden auf der Agenda. Womöglich muss das Sportzentrum neu errichtet werden, weil eine Sanierung unrentabel ist. Wir sind fest entschlossen, die U5 bis nach Echterdingen weiterzuführen und die

Osttangente im Gewerbegebiet Leinfelden zu realisieren. Wir müssen in die Kinderbetreuung investieren, sei es durch den Bau von Einrichtungen oder durch die Einstellung von Personal. All dies ist im Gemeinderat in weiten Teilen unbestritten, auch die Fraktion L.E. Bürger/DiB trägt diese Vorhaben größtenteils mit.

Daher wollen wir für 2022 im Verantwortungsbewusstsein für LE keine Anträge stellen, die die Stadtkasse zusätzlich stark belasten. Denn - ganz ehrlich - Einsparungspotenzial in nennenswerter Höhe konnten wir im dicken Haushaltswälzer bis auf eine Ausnahme nicht entdecken. Auch in zahlreichen Diskussionen und Klausurtagungen haben wir erkannt, dass millionenschwere Einsparungen kaum zu finden sind. Daher werden wir uns vor allem auf ein Themenfeld und einige kleinere Aufgaben beschränken. Unsere Rede steht dieses Jahr im Zeichen der Klimakrise und wir haben uns Gedanken gemacht, wie wir als Kommune unseren Beitrag für nachhaltiges, klimafreundliches Handeln leisten können.

Klimapolitik in LE

Das Thema Klima steht allerorten ganz oben, wenn es darum geht, die Zukunft zu gestalten. Völlig zurecht, weil so ziemlich jeder Mensch mit klarem Verstand begriffen hat, dass ein Weiter-So ins Verderben führt. Daher sehen wir uns in LE in der Pflicht, Maßnahmen zu ergreifen, dem Klimawandel etwas entgegenzusetzen. Mögen diese keine globalen Auswirkungen erzielen, so sehen wir sie als ein Zeichen, dass auch wir unseren Teil zur Veränderung beitragen wollen. Ein paar Stellschrauben haben wir ausgemacht.

Kostenloser Stadtbus

Die Stadt Stuttgart hat am Wochenende 18./19. September die Innenstadtzone zur Gratiszone erklärt, sämtliche Verkehrsmittel des ÖPNV konnten kostenlos benutzt werden. Eine wegweisende Aktion - anstatt die Fahrten im PKW zu erschweren und das Parken zu verteuern, sollten wir den Weg einschlagen, den ÖPNV zu einer echten Alternative zu machen. Soll heißen: Die Fahrpreise senken. Da wir in LE keine Preispolitik für den VVS betreiben können, wollen wir

im Kleinen beginnen. Wäre es als erster Schritt nicht möglich, die Buslinien 818a und 818b sowie 819, die nur auf unserer Gemarkung verkehren, an den Samstagen und Sonntagen gratis zur Verfügung zu stellen. Es wäre eine Geste sowie ein Aufruf zum Umstieg für Bürgerinnen und Bürger und zugleich ein Fingerzeig für die Politik, in der über das 365-Euro-Ticket diskutiert wird.

Schnellverbindung Hinterhof - Bahnhof Leinfelden

Vor Jahren hat die L.E. Bürger bereits gefordert, eine Bus-Schnellverbindung vom Bahnhof Leinfelden zum Hinterhof Echterdingen auf der alten Trasse der Straßenbahn einzurichten. Sozusagen als Ersatzlösung, bis die Realisierung der U5-Verlängerung nach Echterdingen Gestalt annimmt. Aus unserer Sicht wäre dies noch immer dringend nötig, weil der Citybus (Linie 819) den Anspruch einer Schnellverbindung keinesfalls erfüllt - er tuckert ausschweifend durch Wohngebiete, wobei er fraglos für Bürgerinnen und Bürger hilfreich ist, die kein Fahrzeug besitzen. Doch der Citybus ist kein Bindeglied zwischen Hinterhof und Bahnhof Leinfelden im Sinne eines leistungsfähigen ÖPNV und einer tatsächlichen Alternative zum motorisierten Individualverkehr. Dabei könnte dieser Schnellbus gerade für die Menschen aus dem Echterdinger Südwesten ein Umsteigen bewirken, wenn sie dadurch verlässlich und schnell den U5-Halt erreichen könnten. Dies stellt aus unserer Sicht eine Chance dar, die Umwelt zu entlasten, die wir bislang nicht nutzen. Schnell wäre der Bus in jedem Fall, weil er auf einer eigenen Trasse führe und nicht auf der belasteten Leinfelder Straße. Fraglos würden wir einen E-Bus einsetzen, der niemanden mit Lärm und Abgasen belastet. Die L.E. Bürger/DiB-Fraktion steht weiter engagiert zur Verlängerung der U5 bis Echterdingen, doch womöglich zieht sich die Realisierung lange hin und womöglich erweist sich diese Schnellbus-Verbindung als mehr als eine Alternative.

Waldrefugien

In Anlehnung an den Koalitionsvertrag der Landesregierung, beantragen wir, dass 60 Hektar des Stadtwaldes in Form von Waldrefugien ausgewiesen werden. Dies entspricht etwa zehn

Prozent der Waldfläche der Stadt. Waldrefugien, das haben wir in den Waldumgängen gelernt, sind Bereiche, in denen der Forst sich selbst überlassen wird. Gerade der Wald soll als stabiles Ökosystem den Klimaschutz und die Artenvielfalt stärken, solche Waldrefugien werden im Rahmen des Alt- und Totholzkonzeptes bereits seit 2010 im Forst umgesetzt, Ziel dieser Ausweisung sind u.a. Erhaltung und Entstehung von Altbaum-Strukturen und Baum-Mikrohabitaten, natürliche Waldentwicklung und Schaffung von unberührten Flächen.

Waldpädagogik

Waldpädagogik ist Umweltbildung und steht für die Vermittlung von Werten wie Respekt vor der Natur und der Umwelt und dem verantwortungsvollen Umgang von Ressourcen. Waldpädagogik ist Waldschutz, Biologieunterricht und Jugendarbeit. Zielgruppen sind Kinder genauso wie Erwachsene, die Themen erstrecken sich von Achtsamkeit gegenüber Tieren und Pflanzen, über Erleben der Jahreszeiten bis hin zum Basteln mit Materialien aus dem Wald. Waldpädagogik ist eine Möglichkeit, dass folgende Generationen sich mit dem vermittelten Wissen der Verantwortung für unsere Umwelt stellen können. Das Haus des Waldes in Stuttgart-Degerloch bietet eine berufsbegleitende Qualifizierung zur/zum staatlich zertifizierten Waldpädagogen/in an. Die notwendigen Seminare werden durch das Bildungsangebot Waldpädagogik der ForstBW angeboten. Wir beantragen, zu prüfen, ob es möglich ist, in LE den Themenschwerpunkt Waldpädagogik durchzuführen.

Müllvermeidung

Auf dem Weg zur S-Bahn einen Kaffee to-go? Für viele ist das Normalität, leider entstehen so enorme Müllberge. Würden alle Deutschen auf Kaffee im Einwegbecher verzichten, müssten pro Jahr 43.000 Bäume weniger gefällt werden. Bei der Produktion der jährlich 2,8 Milliarden Becher in Deutschland wird so viel Wasser verbraucht, dass alle Einwohner von Bayern damit zehn Minuten lang duschen könnten. Warum machen wir nicht einen kleinen Schritt in die andere Richtung und favorisieren eine Mehrweg-Pfandbecher-Lösung wie das Recup-System. Ein solcher Becher ersetzt bis zu

1000 Einwegprodukte. Er wird in der Spülmaschine wie normales Geschirr gereinigt und wieder im Kreislauf eingesetzt. Der Recup-Pfandbecher ist recycelbar und schadstofffrei. Wir sind der Meinung, die Kommune sollte bei Einzelhandel sowie im Gastrobereich hinwirken, ein solches System zu etablieren. Dies gilt im Übrigen nicht nur für Kaffeebecher, bei Recup gibt es auch für Speisen entsprechende Angebote. Müllvermeidung hat bei unserer Fraktion Vorrang vor dem Aufstellen weiterer Müllbehälter. Wir können uns auch vorstellen, dass die Kommune entsprechende Anstrengungen finanziell unterstützt, weil wir ja beim Einsammeln und Entsorgen von Müll Geld einsparen können. Wir wissen selbstverständlich, dass wir dieses Thema schon behandelt haben, damals war offenbar die Zeit noch nicht reif. Wir sind überzeugt, dass wir als Kommune, die nachhaltig unterwegs sein will, nicht drum herumkommen, solch ein System einzuführen.

Müllentsorgung

Wir bleiben beim Thema Müll. Wir alle lieben es, auf öffentlichen Plätzen zu verweilen. Gerade jetzt, wo es den Anschein hat, Corona werde allmählich überwunden, sind Treffpunkte immer wichtiger. Aber dort entstehen Abfall wie Verpackungen und Zigarettenkippen. Dem Müllproblem wurde inzwischen an vielen Stellen begegnet, durch vermehrte Leerung und größere oder mehr Behälter. Dies kostet Geld und Personal. Wir sollten uns Gedanken machen, wie wir dem Müllproblem, soweit nicht vermeidbar, besser als bisher begegnen können. Wir bitten die Verwaltung um einen Vorschlag, wie wir moderne Müllsysteme an zentralen Plätzen wie dem Zeppelinplatz oder dem Neuen Markt installieren können. Es sollten auch Sammelboxen für Pizza-Behälter, Röhren für Flaschen und Dosen, und vor allem Aschenbecher mitgedacht werden. Insbesondere Aschenbecher brauchen wir an mehr Orten der Stadt, damit die Kippen, hochgiftig für die Umwelt, nicht auf der Straße und in Grünflächen landen. Wir bitten die Verwaltung um einen Vorschlag, wie wir ein Konzept zur nachhaltigen Müllvermeidung und -entsorgung bei uns etablieren können. Wir bitten zudem um eine Information, wie in den städtischen Gebäuden wie Rathäusern, Schulen, Kitas,

Büchereien usw. mit dem Thema Müll umgegangen wird und welche Maßnahmen wir dort ergreifen können, um den Müll zu verringern.

Schädliche Emissionen

Das Verbrennen von Holz ist eine entscheidende Quelle von Feinstaub. Die Partikel, die bei dem Betrieb von Holzöfen entstehen, schaden Gesundheit und Klima. Deshalb muss Leinfelden-Echterdingen bei Holzöfen den Einsatz eines Filters beziehungsweise Staubabscheiders zur Pflicht machen - wie es bei Anlagen mit dem Umweltzeichen „Blauen Engel für Kaminöfen“ bereits der Fall ist. Allein in Deutschland sterben jedes Jahr rund 60.000 Personen vorzeitig aufgrund der hohen Feinstaubbelastung. Hinzu kommen Krankheiten, die durch Feinstaub ausgelöst oder verstärkt werden. Das Heizen mit Holz verursacht bundesweit deutlich mehr Feinstaub als aus den Auspuffen aller Pkw, Lkw und Bussen stammt. Die Lebensqualität vieler Bürgerinnen und Bürger ist durch Holzöfen in der Nachbarschaft eingeschränkt. Das darf nicht sein! Darüber hinaus ist der Betrieb von Holzöfen ohne Abgasreinigung nicht vereinbar mit den nationalen und lokalen Klimaschutzzielen. Alte Anlagen durch neue Öfen auszutauschen, ist keine Lösung. Ein einfacher Tausch sorgt vielmehr dafür, dass die Luft auch in den nächsten Jahrzehnten verschmutzt wird. Denn selbst neue Öfen dürfen beim Zulassungstest im Labor mehr Feinstaub und Ruß ausstoßen als ein 20 Jahre altes Dieselauto. Hinzu kommt: In der Praxis erzeugt ein Ofen oft ein Vielfaches der Schadstoffmenge, die im Labor gemessen wurde. Ein Rechtsgutachten der Berliner Kanzlei Geulen und Klinger zeigt, dass Städte und Gemeinden Handlungsoptionen besitzen, um den Betrieb von Holzöfen zu beschränken - selbst wenn die EU-Grenzwerte für Feinstaub in der Außenluft eingehalten werden. Dies kann auf Basis von Bebauungsplänen, lokalen Brennstoffverordnungen oder bei der Veräußerung von städtischen Grundstücken geschehen. Daher beantragt unsere Fraktion, dass der Betrieb von Holzöfen einschränkt wird: Sie dürfen nur installiert und betrieben werden, wenn sie mit einem Filter oder Staubabscheider ausgerüstet sind - wie es die Anforderungen des Blauen Engels für Kaminöfen vorsehen.

Für bestehende Holzöfen ist eine verpflichtende Filternachrüstung einzuführen. Kein Ofen ohne Filter! Das muss bei uns gelten.

Parkraumkonzept

Wie der Klimawandel, so ist auch das Thema Mobilität ein ewiges - schließlich hängt beides zusammen. Wir haben bereits einige Punkte erwähnt, etwa unser klares „Ja“ zur U5 bis Echterdingen oder unser „Ja“ zur Osttangente Leinfelden sowie einer Machbarkeitsstudie zur durchgehenden Nord-Süd-Straße. Die kostenintensiven Themen sind gesetzt, einem kleineren, weniger kostspieligen Bereich wollen wir uns kurz widmen. Es hieß, wir wollen Messe- und Flughafenparker aus der Stadt rauskriegen - also wurde mit unseren Stimmen das Parkraumkonzept beschlossen. Jeder PKW-Halter unserer Stadt kann sich für 30 Euro einen Jahresparkschein besorgen und so sein Fahrzeug für unbegrenzte Zeit auf öffentlichem Grund abstellen. Allerdings lediglich in der Zone, in der er wohnt. Und damit beginnt eine ärgerliche Diskrepanz. Keine Frage: Die Regelung hält die Messe- und Flughafenparker fern, aber sie stellt gleichzeitig unsere Einwohner mit ihnen auf eine Stufe - und zwar in all den Gebieten außerhalb ihres Wohnbereiches. Besucht ein Musberger einen Echterdinger wird er behandelt wie ein Fremder, er kann in Gebieten, in denen eine Vier-Stunden-Parkscheiben-Regelung gilt, nicht über Nacht bleiben, ohne einen Strafzettel zu riskieren. Und wir gehen davon aus, dass solche Besuche innerhalb von LE nicht selten sind. Sagen wir es so: Mit der gültigen Regelung ist die Stadt übers Ziel hinausgeschossen. Selbstverständlich stehen wir zum beschlossenen Konzept, doch wir erkennen nötige Nachjustierungen, wobei uns bewusst ist, dass Vorgaben bestehen, die wir als Kommune beachten müssen. Daher fordern wir, dass über Änderungen im Parkraumkonzept diskutiert wird. Dabei erwarten wir, dass die Bevölkerung aufgefordert wird, uns Sorgen und Wünsche mitzuteilen.

Trennung der Verkehre

Um unser Mobilitätskonzept zu unterstützen, müssen wir mehr auf die Trennung der Verkehrsarten achten. Alle Verkehrsteilnehmerinnen, insbesondere Fußgänger, die Radlerinnen

und auch die Autofahrer benötigen ausreichend Platz, um sich sicher fortbewegen zu können. Bisher steht leider der Straßenraum für die Autos massiv im Vordergrund. Wenn wir Menschen dazu bringen wollen, auf andere Fortbewegungsmittel umzusteigen, müssen wir ihnen den Platz und attraktive Verkehrsverbindungen bieten. Ein Anfang, wie wir zumindest für die Radfahrerinnen bessere Lösungen schaffen können, ist im Mobilitätsbeirat mit der Initiative Radverkehrskonzept gemacht. Wir brauchen solche Anstrengungen in allen Bereichen. Künftig müssen die Stadtplaner darauf achten, dass wir mehr Lebensraum in LE bieten und alle am Verkehr Beteiligten gleichberechtigt und sicher unterwegs sein können. Unsere Fraktion hat leider feststellen müssen, dass selbst bei neuen Planungen wie in den Schelmenäckern oder im Goldäcker nicht ausreichend an solche Dinge gedacht wurde. Wie kann das sein? Ein Umdenken muss her, es muss künftig auch möglich sein, Einbahnstraßen auszuweisen, Straßen nur für Fahrräder zu öffnen und Autos auf Umwege schicken. Hier haben wir noch viel zu tun und sollten zeitnah tätig werden. Notfalls und gerne auch mit externem Sachverstand, wie es aktuell beim Radverkehrskonzept erfolgreich geschieht.

Wohnen & Bauen

Wir benötigen dringend Wohnraum, der Druck steigt seit Jahren - und die Preise in der High-End-Stadt LE für den Erwerb von Baugrund sowie die Mieten klettern unentwegt. Einerseits müssen wir Wohnraum schaffen, andererseits wollen wir keine Flächen versiegeln, die über den Flächennutzungsplan 2020 hinausgehen. Wenn wir also Wohnraum schaffen, um das Preisgefüge zumindest ein wenig zu dämpfen, sorgt dies für Folgekosten in der Infrastruktur, etwa in der Kinderbetreuung sowie im schulischen Bereich. Diese Kostenlawine können wir nur bewältigen, wenn wir die Einnahmen der Kommune erhöhen, die zu einem Großteil aus Steuern, vor allem Gewerbesteuer, bestehen. Eine aktive Ansiedlungspolitik lehnen wir ab, mehr als die ausgewiesenen Flächen wollen wir der Versiegelung nicht preisgeben. Wie also diesen Spagat bewältigen ohne uns weder beim Wohnen noch beim Gewerbe dauerhaft zu zerren? Durch eine dosierte, qualitativ hochwertige Ansiedlung auf

beiden Seiten. Wir begrüßen es, das Gewerbegebiet Rötlesäcker nicht nach Schema F abzuwickeln, sondern externe Fachleute aus Instituten zu beauftragen, zukunftsweisende Projekte zu entwickeln, die den Anforderungen in wirtschaftlicher wie ökologischer Weise gerecht werden. Wir unterstützen den Entwicklungsprozess, der in Musberg mit dem Gründerzentrum angestoßen wurde, wo im Verbund mit Industrie und Gewerbe Strukturen geschaffen werden, die es für Unternehmensgründer mit Startups attraktiv machen, sich dort anzusiedeln.

Auch im Wohnbau gilt es, neue Wege einzuschlagen - als gutes Beispiel dient das Gebiet Goldäcker, wo die Stadt ein Quartier plant, dessen CO₂-Fußabdruck möglichst klein ausfällt und in dem es sich Menschen mit schmalen Geldbeutel leisten können, zu wohnen. Klimaschutz passiert auch durch emissionsfreies Bauen, Pflanzen, Stoffkreisläufe und Energievernetzung. LE hat einen guten Weg eingeschlagen, aber uns fehlt dabei noch eine Kleinigkeit. Wir erinnern an unsere Rede vom letzten Jahr und dem Wunsch nach einem Projekt wie einem Mehrgenerationenhaus und stellen einen entsprechenden Antrag zur Konzeptvergabe.

Wir wollen nicht nur bauen, gleichzeitig müssen wir gestalten und unsere Stadt aufwerten. Einen wichtigen Schritt haben wir mit der Neuordnung des Stadtmarketings unternommen sowie mit der Gründung eines Initiativkreises umgesetzt, der Projekte erkennen und mit einem kleinen Budget schnell umsetzen soll. In diesem Zusammenhang sind wir überzeugt davon, dass es eine zielführende Strategie ist, Leinfelden und Echterdingen getrennt zu betrachten, für Leinfelden andere Qualitäten herauszustellen als für Echterdingen und damit die großen Stadtteile unterschiedlich zu behandeln. Grundsätzlich erachten wir es für dringend an der Zeit, das lähmende Stadtteildenken nach bald 50 Jahren Stadtgründung ein für alle Mal aufzugeben. Deshalb begrüßen wir das Vorhaben, die Verwaltung an einem Ort in Leinfelden zusammenzuführen und das Rathaus-Areal in Echterdingen einer vornehmlich anderen Nutzung zuzuführen. Selbstverständlich soll ein Bürgerbüro dort verbleiben. Die grundlegende Sanierung des Ortskerns Echterdingen, die

angelaufen ist, bietet enorme Chancen, ein Kleinod zu schaffen, um das uns andere Städte beneiden. Einen Wohn- und Gewerberaum mit einer schwäbischen Wohlfühlatmosphäre als Grundlage, eine Umgebung mit viel Natur und Aufenthaltsmöglichkeiten sowie ausreichend Stellplatzflächen für Fahrzeuge aller Art. Das sind entscheidende Faktoren, um unsere Stadt aufzuwerten. Und warum sollte die Nikolaus-Otto-Straße in Echterdingen, eine abweisende Nüchternheit aus Asphalt, nicht aufgewertet werden zum grünen Boulevard mit Schatten spendenden Baumbestand? Beschäftigte könnten sich in der Mittagspause in angenehmer Atmosphäre ausruhen, Besucherinnen und Kunden würden sich auch über eine angenehmere Umgebung freuen, da sind wir sicher. Uns hat diese Vision kürzlich im Technischen Ausschuss ganz wunderbar gefallen.

Gemeinderat erweitern

Bereits vor zwei Jahren haben wir in der Haushaltsrede gefordert, die Stadt möge Schritte unternehmen, um den Gemeinderat auf 32 Mitglieder zu erhöhen. Jeder im Gremium weiß, dass die Belastung im Ehrenamt gleichermaßen zu der in den Amtsstuben zugenommen hat, weil die Flut an Aufgaben und Verantwortungen wächst. Die damit einhergehende Mehrung an Terminen lässt für die Berufstätigen kaum noch Raum für Familie und Freizeit, weshalb wir es für dringend geboten sehen, diese Zeitlast auf mehreren Schultern zu verteilen. Die Weichenstellungen dafür sollen vorgenommen werden, bereits im Frühjahr 2024 findet die Kommunalwahl statt. Daher beantragen wir, die Aufstockung des Gemeinderates auf 32 Mitglieder rechtzeitig für diese Wahl zu beschließen.

Schlusswort

Sie haben festgestellt, dass in dieser Rede abwechselnd die männliche und die weibliche Form bei Substantiven gewählt wurde, die Menschen beschreiben - wir wollen damit verdeutlichen, dass uns an einer gender-gerechten Formulierung gelegen ist. Wir glauben, das ist uns gelungen, sollte sich dennoch jemand nicht berücksichtigt

oder ausgegrenzt fühlen, sind wir jederzeit zu einem klärenden Gespräch bereit.

Wir bedanken uns bei allen Beschäftigten in der Stadtverwaltung, deren unermüdlicher Einsatz nötig ist, um eine Kommune am Laufen zu halten und den Bürgerinnen und Bürgern eine rechtssichere, attraktive und lebenswerte Stadt zu bieten. Dass sich Gemeinderat und Verwaltung gelegentlich auch kräftig aneinander reiben, soll als Indiz dafür gelten, dass wir alle bestrebt sind, unsere Stadt als Ganzes nach vorn zu bringen, damit auch in weiteren Generationen Leinfelden-Echterdingen als schönste Seite der Filder gelten kann.

Anträge:

1. Klare Trennung der Bauvorhaben FFW Stetten/DRK Stetten:
Bisher wird vom Bauvorhaben Feuerwehr Stetten gesprochen und geschrieben, mitgemeint ist aber auch der Neubau von Räumen und Garagen für das DRK Stetten. Wir sind der Meinung, dass die beiden Bauvorhaben getrennt ausgewiesen werden müssen. Das Bauvorhaben für die Feuerwehr ist eine kommunale Aufgabe und gehört zu den notwendigen Maßnahmen, um die Einsatzfähigkeit der Wehr zu erhalten bzw. zu verbessern. Hingegen ist das Bauvorhaben für das DRK eine Freiwilligenleistung der Stadt, trotzdem läuft dieses Vorhaben nicht über die Vereinsförderung und nach den vorgegebenen Richtlinien, sondern wird ohne Diskussion unabhängig betrachtet. Wir wissen, dass die Mehrheit des Gemeinderates dieses Bauvorhaben unterstützt und akzeptieren die Entscheidung. Auch wenn wir uns sehr schwer tun, einen Betrag von mindestens 1,5 Millionen Euro hierfür bereitzustellen. Aber wir sehen eine klare Trennung der Vorhaben als unabdingbar an. Dementsprechend fordern wir sowohl in der Kommunikation als auch in der Ausweisung der Kosten Transparenz und Klarheit und wünschen, dass dies künftig umgesetzt wird. Unabhängig davon bitten wir um Auskunft, warum in diesem Fall der offizielle Weg der Vereinsförderung umgangen wird und ob und in welcher Form sich das DRK am Bau und den Folgekosten/Unterhaltungskosten beteiligen wird.

2. Runder Tisch: Wir beantragen die Durchführung eines Runden Tisches, zu der alle in der Stadt tätigen Hilfsdienste eingeladen werden: Die Bevorzugung eines Vereines gegenüber allen anderen Hilfsdiensten scheint uns nicht angemessen. Der von uns angeregte und von der Grünen-Fraktion unterstützte Vorschlag, einmal mit allen in der Stadt tätigen Hilfsdiensten an einen Tisch zu sitzen, die Bedarfe zu erörtern und mögliche Synergieeffekte zu prüfen, wurde noch nicht umgesetzt. Wir erinnern deshalb daran und bitten, eine solche Veranstaltung unter Beteiligung der Fraktionen zeitnah durchzuführen.

3. Emissionen: Holzöfen sollen in LE nur noch mit Filter oder Staubabscheider betrieben werden dürfen: Wir beantragen, dass der Betrieb von Holzöfen einschränkt wird: Sie dürfen nur installiert und betrieben werden, wenn sie mit einem Filter oder Staubabscheider ausgerüstet sind - so wie es die Anforderungen des Blauen Engels für Kaminöfen (DE-UZ 212) vorsehen. Für bestehende Holzöfen ist eine verpflichtende Filternachrüstung einzuführen - die Anforderungen müssen dem Blauen Engel für Staubabscheider entsprechen. Wir glauben, dass dies eine wirksame Maßnahme sein kann, in kleinem Rahmen der Luftverschmutzung wirkungsvoll entgegenzutreten.

Denn der Feinstaub, der von typischen Holzöfen ausgestoßen wird, enthält beträchtliche Mengen an Rußpartikeln. Ruß wirkt bis zu 3200-mal stärker auf das Klima als CO₂ - Holzöfen sind keineswegs eine klimaschonende Heizalternative. Die EU-Grenzwerte für Feinstaub in der Außenluft einzuhalten, ist nicht ausreichend, um die Gesundheit der Menschen in Leinfelden-Echterdingen sicherzustellen. Die Grenzwerte entsprechen nicht dem Stand der Wissenschaft und leisten somit nicht das gesundheitlich Notwendige: So ist der Feinstaub-Grenzwert der EU im Jahresmittel fünfmal so hoch wie die jüngste Empfehlung der Weltgesundheitsorganisation. Die strengeren WHO-Luftqualitätsrichtwerte müssen schnellstmöglich flächendeckend und dauerhaft im schwer belasteten LE eingehalten werden. Dies ist eine einfache Möglichkeit, unsere Luft zu verbessern.

4. Waldpädagogik: Im Koalitionsvertrag der Landesregierung Baden-Württemberg „Jetzt für Morgen“ vom 8. Mai 2021 findet sich unter Punkt 9 das Thema „Unsere liebenswerte Heimat: für starke ländliche Räume“. Unter anderem soll die Waldpädagogikkonzeption weiterentwickelt werden. Waldpädagogik ist Umweltbildung und steht für die Vermittlung von Werten wie Respekt vor der Natur und der Umwelt und dem verantwortungsvollen Umgang von Ressourcen. Waldpädagogik ist aktiver Waldschutz, Biologieunterricht und Jugendarbeit. Zielgruppen sind Kinder, Jugendliche, Familien und Erwachsene. Waldpädagogik ist eine Möglichkeit, das nachfolgende Generationen sich mit dem vermittelten Wissen der Verantwortung für unsere Umwelt stellen können. Wir beantragen eine Umsetzung dieses Projekts in Leinfelden-Echterdingen zu prüfen.

5. Waldrefugien: Wir beantragen, dass 60 Hektar des Stadtwaldes in Form von Waldrefugien ausgewiesen werden. Dies entspricht zehn Prozent der Waldfläche der Stadt. Die Flächen der Waldrefugien werden im Rahmen der Forsteinrichtung ausgewiesen. Dazu erfolgt ein Vorschlag potenzieller Waldrefugien durch das Forstamt (Revierleitung und Amtsleitung des Forstamts). Im Rahmen der Forsteinrichtung im Jahr 2022 werden die Flächen vor Ort nochmals geprüft und dann im Einrichtungswerk und auf der Bestandskarte festgehalten.

6. Grünflächen: Wir beantragen Schaffung von Grünflächen innerorts laut Förderwettbewerb „Natur nah dran“. Städte und Gemeinden sind wichtige Partner, um die Biodiversität in Baden-Württemberg zu erhalten. Deshalb unterstützt das Land kommunale Projekte zum Erhalt der biologischen Vielfalt mit dem Förderwettbewerb „Natur nah dran“ in einer zweiten Projektrunde. Kommunen und private Grünflächenbesitzerinnen soll das Projekt dazu motivieren, öffentliche Grünflächen im Siedlungsraum naturnah umzugestalten. (Projekt „Auf dem Weg zur klimaneutralen Kommune“ vom Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Baden-Württemberg).

7. Mehrweg-System: Wir beantragen, mit der örtlichen Gastronomie sowie dem Einzelhandel ein Konzept zu erarbeiten, wie die Einführung des Recup-Systems (oder ein vergleichbares) in der Stadt etabliert werden kann. Dabei soll auch die Möglichkeit ins Auge gefasst werden, dass die Stadt bei entstehenden Kosten finanzielle Zuschüsse leistet. Es soll zudem geprüft werden, ob für ein solches Vorgehen Fördermittel zu erhalten sind.

8. Müllkonzept: Wir sind der Meinung, künftig mehr als nur Mülleimer vorhalten zu müssen. Inzwischen gibt es Systeme, die auch die Sammlung von Pizzakartons, Pfandflaschen, Plastikflaschen etc ermöglichen. Darüber hinaus brauchen wir deutlich mehr Aschenbecher im Stadtgebiet verteilt. Wir bitten die Verwaltung um einen Vorschlag, wie wir bessere Lösungen anbieten können.

9. Parkraumkonzept: Das Parkraumkonzept, welches wir unterstützen, ist inzwischen zu einem großen Teil umgesetzt. Es erfüllt seinen Zweck, führt aber auch zu Unstimmigkeiten und Kritik. Daher fordern wir, dass im kommenden Jahr über mögliche Anpassungen im Parkraumkonzept unter Einbeziehung der Bevölkerung diskutiert wird. Vielleicht lassen sich ja auf diese Weise Sorgen und Ärgernisse aus dem Weg räumen und bessere Lösungen an der einen oder anderen Stelle finden.

10. Trennung de Verkehre: Um unser Mobilitätskonzept zu unterstützen, müssen wir stärker auf die Trennung der Verkehre achten - Fußgänger, Radlerinnen und Autofahrer benötigen ausreichend Raum, um sich sicher fortzubewegen. Bisher steht der Straßenraum als Platz für Autos, massiv im Vordergrund. Leider haben wir bei Neuplanungen wie im Goldäcker oder Schelmenäcker diesbezüglich keine guten Lösungen geboten. Wenn wir die Menschen dazu bringen wollen, vom Auto auf andere Fortbewegungsmittel umzusteigen, müssen wir ihnen den Platz und gute Verkehrsverbindungen bieten. Dazu kann es auch nötig sein, Einbahnstraßenregelungen oder Ähnliches umzusetzen. Wir bitten die Verwaltung, darzulegen, wie wir mit diesem Thema umgehen wollen.

Unser Vorschlag ist, ähnlich wie beim Radverkehrskonzept, einen Prozess einzuleiten mit einem externen Fachbüro.

11. Schnellbus Hinterhof Echterdingen - Bahnhof Leinfelden: Wir beantragen eine Untersuchung mit grober Kostenschätzung sowie eine grobe Abschätzung der Dauer bis zur Realisierung. Ein E-Bus soll zwischen Echterdingen Hinterhof und Leinfelden Bahnhof auf der ehemaligen Straßenbahntrasse pendeln. Diese ist entsprechend aufzurüsten. Mögliche Förderungen der E-Mobilität sind zu prüfen, evtl. könnte damit auch ein Pilotprojekt gestartet werden.

12. Wochenend-Ticket: Wir beantragen, dass unsere Stadtbusse (Linien 818a/818b sowie 819) am Wochenende kostenlos verkehren. Die Kosten, die der Betreiber nachweisen muss, werden von der Kommune übernommen.

13. Mehrgenerationenhäuser: Wir beantragen, dass die Verwaltung aktiv nach Grundstücken sucht, die geeignet sind, Projekte wie "Mehrgenerationenhäuser" umzusetzen. Sofern diese nicht in städtischem Besitz sind, soll versucht werden, diese zu erwerben. Anschließend soll eine sogenannte "Konzeptvergabe" stattfinden.

"Bei Konzeptvergaben handelt es sich zumeist um Grundstücksveräußerungen der öffentlichen Hand, die dabei Einfluss nimmt auf Art und Maß der Nutzung und Gestaltung ohne dabei selbst die Rolle des Bauherrn oder Investors einzunehmen. Dabei werden kommunale Grundstücke gerade nicht ausschließlich zum Höchstpreis, sondern im Rahmen von wettbewerblichen Verfahren nach der Qualität des von den Bewerbern geforderten Konzeptes in Erbpacht vergeben oder veräußert. Das Konzept kann dabei sowohl einen Nutzungsvorschlag als auch die hochbauliche Gestaltung oder beides beinhalten. Bewertet werden etwa die Erfüllungsgrade der vorgegeben ökologischen, sozialen sowie städtebauliche und architektonische Kriterien oder auch quantitative oder qualitative Programmvorgaben. Die Konzeptqualität ist wesentlich für die Kommune, um die Umsetzung wohnungspolitischer, sozial- und umweltpolitischer Ziele sowie eine qualitätsvolle Stadtentwicklung bei der Grundstücksvergabe zu garantieren. Über das Konzept kann

die gewünschte Nutzungsmischung ebenso definiert und überprüft werden wie auch städtebauliche und gestalterische Qualitäten wie Dichte, städtebauliche Einfügung, Außenraumbildung und architektonische Gestaltung. Neben dem Mehrwert der Konzeptqualität ist auch eine gute Prozessqualität für die Kommune und das Quartier wichtig. Zudem wird einem überzogenen Preiswettbewerb entgegengewirkt. Dies führt zu einer Kaufpreisdämpfung (Grundstück), wodurch Potentiale erschlossen werden, die letztendlich der Projektqualität zu Gute kommen. Vom Käufer sind im Gegenzug Kriterien zu erfüllen, die den Verzicht auf den Höchstpreis rechtfertigen. Die Kriterien kann die Kommune nach ihren Zielen aufstellen und gewichten. Über die Vergabe von städtischen Grundstücken nach Konzeptqualität können vertiefende wohnungspolitische Vorgaben für Standorte formuliert werden. Ziel ist auch, unterschiedliche Akteure für die Wohnungsbauentwicklung zu gewinnen und in die Standortentwicklung zu integrieren. Ein weiteres Ziel ist die Verbesserung der Stadtgestalt und Architekturqualität." (Quelle: Internetseite der Architektenkammer Baden-Württemberg)

14. Gemeinderatsmitglieder: Der Gemeinderat ist zur Kommunalwahl 2024 auf 32 Mitglieder zu erhöhen. Wir beauftragen die Verwaltung, dafür alle nötigen Maßnahmen rechtzeitig in die Wege zu leiten.

15. Gemeinwohlbilanz: Wir bitten die Verwaltung darzulegen, inwieweit sie sich bereits Gedanken gemacht hat, ob und wie unsere Stadt oder städtische Betriebe Gemeinwohl-Bilanzen für eine nachhaltige, ökologische und soziale Wirtschaft für sich erstellen könnten. Immer mehr Kommunen und kommunale Betriebe machen sich auf diesen Weg und wir können uns dies auch für LE sehr gut vorstellen. Insbesondere glauben wir, dass unsere Stadtwerke hierfür hervorragend aufgestellt wären. Wir sehen eine solche Bilanzierung auch als förderlich an, künftig motivierte und zukunftsorientierte Arbeitskräfte zu gewinnen.

16. LE mietet: Wir bitten die Verwaltung zu prüfen, inwieweit unser Konzept "LE mietet" ausbaubar ist. Wir wünschen uns, dass wie im

Programm "Raumteiler Baden-Württemberg", an dem wir teilnehmen, nicht nur Geflüchtete, sondern alle Personen, die Hilfe brauchen, mit ins Boot genommen werden können. Dies gilt insbesondere für Familien in prekären Lebenssituationen, für Geflüchtete, für Menschen mit Behinderung oder mit geringem Einkommen.

17. Kreditvergabe: Laut Finanzplan der Stadtwerke ist eine Neuaufnahme von Krediten in Höhe von 16.390.000 Euro geplant. Die Investitionen für die Parkierung betragen knapp 3,5 Millionen Euro, bei der Wärmeversorgung und dem Ausbau des Glasfasernetzes gehen die Stadtwerke in eine finanzielle Vorleistung von ca. 6 Mio. Euro. Da für hohe Guthaben seitens der Kommune Negativzinsen anfallen, bitten wir darzulegen, inwieweit eine Kreditvergabe der Stadt an die Stadtwerke möglich ist.